

**An den  
Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion  
Claus Schmiedel MdL  
Landtag von Baden-Württemberg  
Haus des Landtags  
Konrad-Adenauer-Straße 3  
70173 Stuttgart**

Stuttgart, den 12.9.2012

Sehr geehrter Herr Schmiedel,

das Klima- und Umweltbündnis Stuttgart hat in der letzten Landtagswahl für eine Wende in der Energie- und Umweltpolitik gekämpft. Wir haben als Mitglied des Klimabündnisses Baden-Württemberg die Kette mit 30 000 Menschen von Stuttgart nach Neckarwestheim mitorganisiert, die nach dem Reaktorunfall in Fukushima wohl mit zum Regierungswechsel beigetragen hat.

Wir freuen uns, dass im Koalitionsvertrag „*der Wechsel beginnt*“ steht. *„Die ökologische Modernisierung ist der Grundsatz unserer Politik der Nachhaltigkeit. Wir werden endlich die Energiewende in Baden-Württemberg voranbringen und die Nutzung der Atomkraft endgültig beenden. Baden-Württemberg muss zu der führenden Energie- und Klimaschutzregion werden.“*

Wir als Klima- und Umweltbündnis arbeiten seit Jahren für eine schnelle Energiewende und den schnellen Ausstieg aus der Kernenergie.

Die Landesregierung muss laut Verfassung „Schaden vom baden-württembergischen Volke wenden“. Eine große Gefahrenquelle für einen existentiellen Schaden liegt im Elsass: Das AKW Fessenheim. Die beiden 1977 und 1978 in Betrieb genommenen Druckwasserreaktoren sind die ältesten in Frankreich. Sie liegen im Oberrheingraben, einer der seismisch aktivsten Zonen in Frankreich. Im Jahr 1356 hat ein Erdbeben der Stärke 6.5 die nicht weit davon entfernt liegende Stadt Basel zerstört. Bei einem Dambruch des höher liegenden Rheinkanals könnte das Kraftwerk überflutet werden. Das Fundament der Anlage weist nur eine Dicke von 1.5 Metern auf und ist somit die dünnste Fundamentierung aller französischen Kraftwerke. Das AKW hat keine Kühltürme und leitet seine gesamte Abwärme in den Rhein (Bund, Regionalverband Oberrhein). Bei einem Reaktorunfall wie in Fukushima würde, bei lebhaftem Südwestwind mit Regen, sich eine Schadensfahne von Fessenheim bis Würzburg - Nürnberg ziehen. Städte wie Freiburg, Freudenstadt, Tübingen, Stuttgart, Heilbronn und Schwäbisch Hall wären betroffen. (Ökoinstitut Darmstadt). Nach deutschen Sicherheitsstandards müsste die Anlage sofort still gelegt werden.

Die EDF will die Anlagen weiter betreiben. Die Landesregierung hat dagegen protestiert. Nach unserer Meinung genügt dieser Protest nicht, die Landesregierung muss auch handeln. Die EnBW ist mit 17.5% an Fessenheim beteiligt. Wir finden es skandalös, dass die EnBW weiterhin an der Beteiligung an diesem französischen Reaktor mit dem größten Gefährdungspotential festhält. Es ist aber auch betriebswirtschaftlich eine höchst riskante Geschäftspolitik, wie man am Beispiel Fukushima ersehen kann. Der Betreiber Tepco müsste schon Insolvenz anmelden, wenn er nicht für dieses Jahr eine Staatshilfe von 8.6 Milliarden Euro bekommen hätte. Entschädigungszahlungen werden von Analysten

auf 86 Milliarden Euro taxiert (Spiegel Online, 11.5.2011). Die EnBW sollte sich daher schnell von diesen 17.5% Anteil an Fessenheim trennen, solange man dafür noch Geld bekommt. Sonst kommt das nächste Desaster auf den Energiekonzern zu.

Durch den EnBW Deal der Regierung Mappus, der in einem finanziellen Fiasko enden könnte, ist die Landesregierung in den Besitz von 45% der EnBW Aktien gekommen. Damit kann die Landesregierung als einer der beiden großen Anteilseigner auch auf eine Beendigung der Beteiligung an Fessenheim drängen. Die Regierung sollte nicht nur protestieren, sie muss aktiv handeln. Wir fordern die Regierung und die Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis die Grünen auf, alle ihre Möglichkeiten zu nutzen, um das Fessenheim-Abenteuer der EnBW so schnell wie möglich zu beenden.

*„Bis zum Ende des Jahrzehnts wollen wir den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Baden-Württemberg durch ein überdurchschnittliches Wachstum deutlich ausbauen“* steht auf S.34 des Koalitionsvertrages. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird überwiegend von den Stadtwerken und Bürgerenergien vorangetrieben. In einer Greenpeace Studie vom 18.4.21011 wird festgestellt:

*„Während die vier großen Stromkonzerne mit 68 Prozent der Stromerzeugung eine marktbeherrschende Stellung einnehmen, liegt ihr Anteil bei der Stromerzeugung aus Wind, Biomasse, Erdwärme und Solarstrom ohne alte Wasserkraftanlagen bei mageren 0,5 Prozent. Der Löwenanteil beim Boom der Erneuerbaren Energien stammt dagegen von Regionalversorgern, Stadtwerken, aus Bürgerwindparks und von Privathaushalten. Sie tragen zu 32 Prozent zur Stromgewinnung Deutschlands bei. Von den 13 Prozent deutschen Stroms aus Sonne und Wind liefern sie 12,5 Prozent.“*

Die EnBW produziert 83.9% konventionell (Atom – und Kohlestrom), 9 TWh Wasserkraft und 0.08 TWh Wind, Sonnenenergie und Biomasse.

Wie Sie sicherlich auch im Geschäftsbericht der EnBW 2011 gelesen haben, ist bei der EnBW der Anteil der konventionellen Energie und der Kernenergie von 84% auf 86 % gestiegen. ( S.230f.) Bei diesen Zahlen ist es schwer ersichtlich, wie eine schnelle Energiewende mit EnBW stattfinden soll. Die treibende Kraft bei der Energiewende werden die Stadtwerke und Bürgerenergiegenossenschaften sein.

Sie, Herr Schmiedel, sind Mitglied in dem EnBW Lobbyverein „Mit uns für Baden-Württemberg“. Sollten Sie für eine schnelle Energiewende nicht die Stadtwerke und Bürgerenergiegenossenschaften als Partner gewinnen, wie es auch der Koalitionsvertrag vorschlägt: *„Wir möchten die Stadtwerke in Baden-Württemberg in den für die Energiewende notwendigen Ausbau der Kapazitäten und in die Neuausrichtung von Klimaschutz und Energiewirtschaft partnerschaftlich einbinden.“*

Mit dem Koalitionsvertrag möchte die Landesregierung auch einen neuen Regierungsstil einführen.

*„Wir verstehen uns als echte Bürgerregierung.“* Dazu gehört auch sicherlich Transparenz.

bei Entscheidungen. Wir haben in diesem Zusammenhang einige Fragen, die Sie als Miteigentümer der EnBW sicherlich beantworten können.

In Stuttgart ist der Wasserpreis um 9.3% erhöht worden. Das ist für viele Bürger, besonders die Einkommensschwächeren, ein herber Schlag. Wir haben dazu folgende Fragen:

- 1) Wo wurde diese Entscheidung gefällt: in Karlsruhe mit Herrn Villis, bei der EnBW Regional AG mit Herrn Bruder oder im Regionalzentrum mit Herrn Ringwald?
- 2) Welches Gremium war damit befasst?
- 3) Wie war die Zusammensetzung des Gremiums, und wie haben die Gremiumsmitglieder abgestimmt?

Da die EnBW jetzt ein landeseigenes Unternehmen ist, dürfte die Beantwortung dieser Fragen keine Probleme bereiten.

Mit freundlichen Grüßen - stellvertretend für alle Bündnismitglieder

*Dieter Bareis, Traude Heberle-Kik, Kurt Henzler, Manfred Niess, Klaus-Dieter Straub*